

„Dann kann ich dichtmachen“

Gas Auf der Insel Rügen sollen Bauern ihr Ackerland verlieren – wegen des Baus der Pipeline Nord Stream 2. Doch es gibt Widerstand

■ Florian Sturm, Philipp Lemmerich

Johann Tophoff-Kaup steht mitten auf dem Parkplatz der Agrargenossenschaft Neklade. Es ist Erntezeit auf Rügen, ein sonniger Tag im Spätsommer. Unaufhörlich rollen riesige Landmaschinen mit mannshohen Reifen über den Hof. Doch der 30-jährige Landwirt hat derzeit andere Sorgen, als nur eine gute Ernte einzufahren: Er ist Anführer des lokalen Protests gegen die Gaspipeline Nord Stream 2.

Die Tradition der Bauern auf Rügen stehe auf dem Spiel, sagt Tophoff-Kaup: „Die Landwirtschaft macht Rügen aus. Das ist unser Leben und unsere tägliche Arbeit.“ Gemeinsam mit seinem Bruder hat er das Familienunternehmen erst vor kurzem vom Vater übernommen. Dass damit auch europäische Energiepolitik zu ihrem Alltag gehören würde, konnten sie nicht ahnen. Doch seit März muss Tophoff-Kaup mit aller Kraft um seine Ackerflächen kämpfen: 364 Hektar, gut 20 Prozent seiner Betriebsfläche, sollen in extensives Weideland umgewandelt werden, weil das russische Unternehmen Gazprom eine zweite Pipeline quer durch die Ostsee legen will. 9,5 Milliarden Euro soll Nord Stream 2 kosten, knapp die Hälfte ist bereits investiert. Von Wyborg in Russland würde sie 1.200 Kilometer über den Meeresgrund bis in den Greifswalder Bodden nach Lubmin führen.

Laut Bundesnaturschutzgesetz ist Nord Stream 2 als Bauherr dazu verpflichtet, die aus dem Projekt folgenden Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft zu kompensieren. Und zwar möglichst dort, wo das Ökosystem gestört wird. Weil die Nährstoffbelastung im Greifswalder Bodden, dem flachen Küstengewässer zwischen Rügen und dem vormorpischen Festland, wegen der Düngung umliegender Ackerflächen ohnehin hoch ist, will Nord Stream 2 im Gegenzug Ackerland auf Rügen in Weideland umwandeln. Weniger Bewirtschaftung gleich weniger Dünger gleich bessere Wasserqualität im Bodden, so die Argumentation.

Bauern, Bangen, Briefbombe

Tophoff-Kaup und seine Kollegen erfuhren erst spät von diesem Vorhaben. Knapp fünf Wochen vor Auslegung der Planfeststellungsunterlagen landete ein Schreiben in ihren Postkästen. Darin heißt es, für den Ausgleich seien Nutzungsänderungen der landwirtschaftlichen Flächen vorgesehen, man solle sich für die Bewilligung des Vorhabens mit dem Absender in Verbindung setzen. „Der Brief erreichte uns völlig unvorbereitet“, erinnert sich Tophoff-Kaup.

Auch die Wut seines Kollegen Ulrich Prehl ist spürbar. Der Landwirt mit graumeliertem Kurzhaarfrisur, randloser Brille und kerniger Statur spricht von „Boshaftigkeit“ und „Kalkül“. Die Bauern fanden heraus, dass Nord Stream bereits 2013 mit den zuständigen Behörden in Stralsund in Kontakt war. „Anscheinend ging es von Anfang an nicht um einen Dialog, weil sie mit Gegenwehr von uns gerechnet haben. Die dachten nicht, dass wir in dieser kurzen Zeit einen so effektiven Protest organisieren können“, sagt Prehl und ballt die Hand zur Faust. Er wäre mit seinem Pferdehof in Altkamp, im Südosten der Insel, am stärksten von den Maßnahmen betroffen. 80 Prozent seiner Betriebsfläche stehen zur Debatte: „Dann kann ich dichtmachen.“

Unter dem Schreiben an Prehl steht auch der Name von Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Landwirtschaftsminister Till Backhaus. Von ihm fühlen sich die Bauern im Stich gelassen, schließlich sollte er qua Amt in ihrem Interesse handeln. Stattdessen aber geht es in dem Brief nur um die Interessen von Nord Stream 2. Als die Landwirte den Minister darauf ansprachen, habe der ihnen geraten, Ruhe zu bewahren. Schließlich bringe das Projekt beträchtliche Investitionen in die Region. Für die Bauern ein Affront. Zwar erhalten sie inzwischen von vielen Politikern parteiübergreifend Rückendeckung, von Backhaus aber fühlen sie sich verraten. Der bekenn



Seit die Ostseepipeline den Westen mit russischem Gas beglücken soll, wird auf Rügen öfter mal in die Röhre geschaut

sich zwar öffentlich zu den Sorgen der Landwirte und versichert, dass „niemand gezwungen wird, Flächen zu verkaufen oder abzugeben“. Explizit gegen Umwidmungen spricht er sich indes nicht aus. Gegenüber Vertretern von Umweltverbänden soll er zudem Anfang September angedeutet haben, dass man die große Politik wegen ein paar hundert Hektar Land nicht werde aufhalten können.

Seit Monaten werden der Bau der Ostseepipeline und die Rolle der Bundesregierung heftig diskutiert (der Freitag 32/2017). Das Projekt verstärkte die energiepolitischen Abhängigkeiten von Russland, gibt etwa der Energiepolitik-Experte der Brüsseler Denkfabrik Bruegel, Georg Zachmann, zu bedenken. „Außerdem ist mehr als fraglich, ob wir die Pipeline überhaupt brauchen“, sagt Grünen-Klimapolitikerin Annalena Baerbock, und kritisiert Angela Merkel: „Sie tut stets so, als wäre Nord Stream 2 ein rein wirtschaftliches Projekt ohne politische Implikationen. Dem ist klar nicht so.“

Tatsächlich spielt die alte und wohl neue Kanzlerin eine besondere Rolle in diesem Fall: Rügen liegt in ihrem Heimatwahlkreis, in dem sie gerade wieder das Direktmandat errungen hat. Auf europäischer Ebene setzt sich Merkel für die Pipeline ein. Bei Auftritten im Wahlkreis beteuerte sie stets, es würden keine Ackerflächen geopfert.

Das Vertrauen Tophoff-Kaups und seiner Mitstreiter in die Politik ist in den letzten Monaten stark gesunken. Nicht nur die geplanten Ausgleichsmaßnahmen an sich, auch die Art und Weise, wie mit den Landwirten umgegangen wurde, erhitze in Neklade die Gemüter. So kam das ursprüngliche Schreiben nicht direkt von Nord Stream, sondern von der Landesgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (LMV), einem Dienstleister, der sich um Flächenbeschaffungen, Bauplanungen und Investitionsbetreuung kümmert. Der Brief ist

**800 Hektar?
2.400 Hektar?
Wen es auf
Rügen treffen
wird, das
weiß niemand**

kein Beschluss, sondern zunächst nur die Information über den Planungsstand eines Bauvorhabens. Mit Backhaus' Namen auf dem Briefpapier ist es für die Landwirte trotzdem ein Schreiben in offiziellem Gewand. Der Vorsitzende der Europäischen Grünen Partei, Reinhard Bütikofer, teilt diese Ansicht: „Es wurde zwar erwähnt, aber nicht klar herausgearbeitet, dass die Landesgesellschaft im Auftrag von Nord Stream agiert. Das ist der Versuch, die angesprochenen Parteien mit dem Image einer Landestochter zu beeindrucken.“

Die betroffenen Bauern machten aus der Not eine Tugend. Nachdem sie im März erstmals von den geplanten Ausgleichsmaßnahmen erfuhren, entwickelten sie im Handumdrehen eine Kampagne dagegen. Die Agrargenossenschaft Neklade dient ihnen als Kommandozentrale. Wer an den Feldern auf Rügen entlangfährt, liest auf großen Transparenten: „Kein Acker für Nord Stream 2 – Keine Vernichtung unserer Kulturlandschaft!“

Gut bewachte Röhren

An vier Standorten sollen auf Rügen insgesamt über 800 Hektar Ackerland in Grünland umgewandelt werden. Und das, obwohl dort laut Ansicht der Landwirte so gute klimatische Bedingungen herrschen wie kaum anderswo in Deutschland. „Ich sehe nicht ein, für einen russischen Großkonzern auch nur einen Quadratzentimeter meines Ackerlandes abzugeben“, sagt Prehl. Beantragt hat Nord Stream gar die Prüfung von über 2.400 Hektar auf Rügen. Wen es am Ende trifft, weiß niemand.

Nord Stream bedauere das knappe Timing, sagt der Sprecher der Projektgesellschaft, Steffen Ebert. „Doch das gesamte Projekt unterliegt einem sehr straffen Zeitplan. Unser intensives Prüfverfahren war erst im März 2017 abgeschlossen. Früher auf die Landwirte zuzugehen, wäre daher wenig sinnvoll gewesen“, beteuert er.

In einem Waldstück hinter dem kleinen Industriehafen in Lubmin will das Unternehmen möglichst bald eine zweite Erdgasübernahmestation errichten. Eine alte Lagerhalle und rostige Kräne rahmen die Sicht auf den Ort. Kilometerlange silberne Röhre ziehen sich von der Küste über das stark bewachte Gelände. Aus den Heizungsgebäuden dringt ein tiefes Summen, aus den Kaminen steigt Rauch auf.

In öffentlichen Stellungnahmen betont Nord Stream immer wieder, allein auf der

Basis von Freiwilligkeit mit den Landwirten zusammenzuarbeiten, deren Befürchtungen seien unbegründet. Tatsächlich liegt dem ersten Schreiben von Mitte März ein Antwortformular bei, auf dem die Eigentümer angeben können, ihr Land nicht zur Verfügung zu stellen. Fast alle Bauern haben dies getan. Dennoch sind ihre Flächen Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens. Warum? „Dieses Antwortschreiben diente lediglich als Feedback für Nord

Stream 2 und war nie dafür gedacht, die Flächen aus dem Planfeststellungsverfahren herauszunehmen“, sagt Ebert. Die finale Entscheidung, ob und welche Flächen umgewidmet werden, läge nicht in ihrer Hand. Urteilen würde einzig das Bergamt. In dessen unscheinbarem Gebäude mit ausdrucksloser Fassade und funktionalem Flachdach am Frankendamm in Stralsund ackern sich drei Mitarbeiter seit Monaten durch mehr als 7.000 Antragsseiten. Sie entscheiden bald über eines der größten Infrastrukturprojekte Europas.

Am Ende soll ein Amt entscheiden, an dessen Neutralität es Zweifel gibt

Sowohl die Landwirte als auch die Grünen Bütikofer und Baerbock bezweifeln die Unabhängigkeit des Bergamtes: „Erst macht das Ministerium über eine Servicetochter, die LMV, die Arbeit für ein privates Unternehmen und jetzt soll eine dem Land untergeordnete Behörde neutral entscheiden?“, fragt Baerbock. Landesminister Till Backhaus weist diesen Vorwurf der Verquickung von Politik und Wirtschaft zurück. Es handele sich bei dem Procedurem um ganz normale Praxis, wie es sie so schon dutzendfach gegeben habe.

Wann das Bergamt entscheidet, steht noch nicht fest. Man wolle sich von keiner Partei unter Zeitdruck setzen lassen, heißt es in Stralsund. Der Antragsteller gibt sich selbstbewusst, die Baugenehmigung zu bekommen. Die Landwirte bangen derweil um ihre Flächen, langfristige Investitionen und die Generationenplanung der zumeist familiengeführten Betriebe. „Sollte Nord Stream die Umwidmung der Ackerflächen durchsetzen können, steht die komplette Kulturlandschaft Rügen vor einem gewaltigen Umbruch. Die Landwirtschaft ist hier seit Jahrhunderten fester Bestandteil der Region“, sagt Tophoff-Kaup. Er und die anderen Landwirte wollen notfalls auch vor Gericht um ihr Land kämpfen.

Geld als paraökonomische Struktur im Kapitalismus der Gegenwart

»Sahrs Blick unter die bankwirtschaftliche Oberfläche des Umgangs mit Geld fordert spannende, für die Soziologie des Geldes neue Aspekte des Umgangs mit Geld zu Tage.« Bernhard Emunds, FAZ

Geb. | 392 S. | € 35,- | ISBN 978-3-86854-306-3
Auch als E-Book erhältlich



Leseprobe und Bestellung unter:
www.hamburger-edition.de



Über das Dreieck von Privatvermögen, Schulden und Ungleichheit im »Maschinenraum des Kapitalismus«

Geb. | 176 S. | € 12,- | ISBN 978-3-86854-315-5
Auch als E-Book erhältlich

Hamburger Edition
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung